

Kann der CO2 Handel Amazonien retten?



Die indigenen Territorien haben sich als eine wirksame Barriere gegen Entwaldung erwiesen und sind daher in den Fokus des CO2 Handels geraten. Foto: Thaís Borges/2019

Inhalt:

- 1. Wald- und Klimaschutz: Szenen einer problematischen Ehe**
- 2. Redd+ in Amazonien: eine Geschichte von Skandalen**
- 3. Neue Perspektiven für REDD und Co?**
- 4. Das Pariser Abkommen und der CO2 Handel: Artikel 6**

Anhang: „Wir wurden nie konsultiert“ / Interview mit Alessandra Munduruku

1. Wald- und Klimaschutz: Szenen einer problematischen Ehe

Wald- und Klimapolitik sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Unbestritten ist, dass Entwaldung ein wichtiger Faktor der globalen CO₂ Emissionen ist: etwa 10% der globalen Emissionen soll durch Entwaldung verursacht sein. Während die Fläche der Wälder in Europa, Nordamerika und Sibirien – trotz zahlreicher Probleme - in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben ist, bleibt der Verlust der tropischen Regenwälder dramatisch. Trotz eines leichten Rückgangs der Entwaldung betrug sie nach Angaben des WRI auch im Jahre 2023 noch 37 000 km², das entspricht der Fläche der Schweiz.¹

Hohe Entwaldungsraten bedeuten auch hohe CO₂ Emissionen. Also ist es durchaus naheliegend, Wald- und Klimaschutz zu verbinden und so eine Win-Win Situation zu schaffen. Bahnbrechend für diese Verbindung war der Stern Report von 2006, der dies programmatisch formulierte als die „*single largest opportunity for cost-effective and immediate reductions of carbon emissions*“.² Auf der Klimakonferenz von Bali 2007 kam es dann zur Geburt des bis heute existierenden und umstrittenen REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*) Mechanismus.

REDD ist als Finanzierungsmechanismus konzipiert worden, das ist wichtig, in Erinnerung zu halten. Unzweifelhaft ist die Grundidee attraktiv. Die Reduzierung von Entwaldung sei „*quick, easy and cheap*“ - so das immer wieder vorgetragene Mantra - und ein Gewinn sowohl für das Klima und wie auch für den tropischen Regenwald, seine Bewohner*innen und die Biodiversität. Und Klimapolitik soll dies finanzieren. Denn bekanntlich sind die öffentlichen Kassen leer und so soll REDD es ermöglichen, Gelder des privaten Sektors für den Waldschutz zu mobilisieren. Aber wie soll das möglich sein? Dadurch dass die Reduktion von Entwaldung in handelbare CO₂ Zertifikate transformiert wird. Und der Anreiz, diese Zertifikate zu kaufen, besteht in der Möglichkeit, damit Emissionen zu kompensieren. Bekannt ist dies beispielsweise durch die Möglichkeit, die CO₂ Emissionen bei Flugreisen durch den Kauf von CO₂ Zertifikaten auszugleichen. Mit der Etablierung von REDD ist Kompensation zu einem wichtigen Bestandteil der Klimapolitik geworden.

Kompensation – oder die große Klimillusion

Aber die Geschichte der Kompensation in der Klimapolitik begann schon vor REDD. Das 1997 beschlossene Kyoto Protokoll etablierte unter dem Namen „flexibele Mechanismen“ die Kompensationslogik. „Demnach konnten Industrieländer ihren Pflichten zur Emissionsminderung auch nachkommen, indem sie entsprechende Projekte in Entwicklungsländern finanzierten. Die dort nachweislich eingesparten Emissionen konnten sie dann ihrem eigenen Emissionsbudget gutschreiben lassen“.³

Grundlegende Annahme ist, dass es völlig egal ist, wo CO₂ Reduktionen erreicht werden. Doch

¹ <https://research.wri.org/gfr/latest-analysis-deforestation-trends>

² Stern, 2007 nach: <https://www.ceezer.earth/insights/looking-back-and-into-the-future-of-redd>

³ <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/clean-development-mechanism-cdm-14182>

Kompensation reduziert faktisch keine Emissionen, sondern soll vielmehr Emissionen nur ausgleichen. Die für diesen Ausgleich zu veranschlagenden Reduktionen werden da realisiert, wo sie am kostengünstigsten sind – zumeist in den Ländern des Globalen Südens. Der CDM (*Clean Development Mechanism*) hat sich nicht als Klimainstrument bewährt, darin sind sich inzwischen fast alle Bewertungen einig. „Fehlende Objektivität, Schlupflöcher sowie mangelnde Transparenz“⁴ gelten weitgehend als fundamentale Fehler des CDM Mechanismus. Dennoch war CDM fundamental für die Etablierung von Methodologien und eines freiwilligen CO2 Marktes auf der Basis von Kompensation.

Die Idee der Kompensation wurde dann durch REDD und den Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu einem Grundbestandteil der globalen Klimapolitik ausgebaut. Während REDD bereits seit vielen Jahren als Instrument der internationalen Klimapolitik im Einsatz ist, steckt die Umsetzung eines globalen Emissionshandels über Artikel 6 hingegen noch in den Anfängen (siehe dazu Kapitel 4). Gut etabliert aber sind die Auseinandersetzungen um das Prinzip der Kompensation. Zentraler Kritikpunkt aus klimapolitischer Sicht ist und bleibt, dass Kompensation von einer konsequenten Klimapolitik ablenkt und Alternativen zu Reduktion von CO2 im globalen Norden eröffnet. Sie fördert damit die Illusion, dass durch Kompensation ein „Weiter so“ möglich ist. Wir können weiter mit ruhigen Gewissen fliegen – wir kompensieren ja. Dies ist nicht nur für die reale Klimapolitik relevant, sondern auch für das *mindset* der Akteure. Politiker*innen wie Bürger*innen wird suggeriert, dass es immer auch Alternativen gibt zur Reduktion von CO2 Emissionen.

Dies ist umso bedenklicher angesichts der Tatsache, dass „wir“ in Deutschland und Europa nur eine sehr inkonsequente Klimapolitik betreiben. Kein Tempolimit, keine massive Besteuerung von SUVs, kein Verbot von Kurzstreckenflügen, keine Besteuerung von Privatjets – um nur einige Beispiele zu nennen. Es geht also im Augenblick bei dem Einsatz von Kompensation nicht um die allerletzten, schwer zu vermeidenden Emissionen, sondern um den Ausgleich für eine Klimapolitik, die droht, ihr Ziel einer drastischen Reduktion der Treibhausgasemissionen krachend zu verfehlen. Daher kritisieren auch viele der großen Umweltverbände (Greenpeace; BUND; DUH) den Einsatz von Kompensationen in der aktuellen Klimapolitik.

Aber kann Kompensation dennoch ein Mittel für den Waldschutz sein? Während CDM Projekte Aufforstung einschlossen, blieben die tropischen Regenwälder und die Frage der Entwaldung außen vor. Mit REDD kam ein neuer methodologischer Ansatz ins Spiel - das Konzept der vermiedenen Entwaldung. Denn genau das bedeutet die Reduzierung von Entwaldung. Die Klimawirkung der vermiedenen Entwaldung beruht auf der Tatsache, dass tropische Wälder gigantische CO2 Speicher sind. REDD basiert also nicht auf dem Entzug (Sequestrierung) von CO2 aus der Atmosphäre, der im Waldbereich bspw. durch großflächige Aufforstungen erreicht werden soll. Damit werden auch alle Diskussionen umgangen, inwieweit Wälder überhaupt noch eine CO2 Senke sind. Die Speicherfunktion von Wäldern ist unbestritten und relativ gut messbar. Und die enormen CO2

⁴ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/02_2024_cc_lessons_learned_from.pdf Die Publikation bietet einen guten aktuellen Überblick.

Mengen in den erhaltenen Wäldern könnten einen CO2 Handel etablieren, der dann erhebliche Mittel für den Erhalt der Tropenwälder generieren würde. So war die Geburt von REDD mit großen Erwartungen auch und gerade hinsichtlich des Finanzflusses verbunden.



Landschaft an der Grenze zwischen Amazonas und Pará. Foto: Thaís Borges/2019

2. REDD+ in Amazonien: eine Geschichte von Skandalen

Nach fast 20 Jahren REDD ist viel von der anfänglichen Euphorie verfliegen. Niemand mehr sieht heute REDD als „*cheap, quick and easy*“⁵. Ein grundsätzliches Problem wurde schnell unleugbar: REDD „adressiert“ (wie es im UN Slang so schön heißt) Akteure, die Entwaldung betreiben – und lässt alle die, die den Wald erhalten, außen vor. Dies betrifft gerade in Amazonien besonders die indigenen Völker. Ihre Territorien sind kaum von Entwaldung betroffen, sie können daher diese auch nur schwerlich reduzieren. Damit wurde ein fundamentales Gerechtigkeitsproblem von REDD offensichtlich und der Protest von indigenen Völkern und traditionellen Gemeinschaften unüberhörbar. Als Antwort wurde REDD+ konzipiert, das + Zeichen steht für die Walderhaltung. Die Umbenennung erwies sich aber als einfacher als die Änderung der Praxis. Im Grunde

⁵ „It has not been quick, cheap or easy“ resümierte eine Publikation von REDD Promotoren schon 2018.
https://www.cifor-icraf.org/publications/pdf_files/Books/BAngelsen1801.pdf S.X

genommen beruht die Logik von REDD auf der Reduzierung von Entwaldung und nur diese hat das Potential CO2 Gutschriften zu generieren. Walderhaltung muss im Rahmen von REDD-Programmen immer mit Notkonstruktionen oder über Mechanismen des Vorteilsausgleiches eingeführt werden.

Mit der Einführung von REDD+ haben indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften jedoch eine größere Sichtbarkeit und Gewicht bei den internationalen Klimaverhandlungen erlangt. Sie wurden zunehmend zu Akteuren des Klimaprozesses, allerdings traten von Anfang an auch Differenzen auf: während die einen REDD+ in jeder Form ablehnten, kämpften andere eher um den Zugang zu REDD+ Mitteln. Konsens besteht darin, dass REDD+ indigene Rechte beachten sollte. Damit werden die Diskussion um *safeguards* zu einem wichtigen Bestandteil der Verhandlungen: *safeguards* sollen negative Auswirkungen von Projekten vermeiden.

Trotz vieler Schwierigkeiten und Kritik ist REDD+ keineswegs tot und die Hoffnung auf eine glorreiche Zukunft lebt weiter. Aber bis jetzt existiert REDD+ lediglich als freiwilliger Markt auf der Basis von Projekten. Diese REDD+ Projekte sind aber in Amazonien inzwischen allgegenwärtig und spielen eine wichtige Rolle in den Diskussionen der sozialen Bewegungen.

Das Portal Capital Reset (Pro – REDD+) führt folgende Zahlen für REDD+ Projekte in Brasilien an:

- 139 Projekte - 33 davon haben bereits handelbare Zertifikate emittiert
- 99% dieser bereits ausgegebenen Zertifikate kommen aus Amazonien (Amazônia Legal)
- das Gesamtvolumen der Zertifikate im Zeitraum 2020-2050 wird auf 1,8 Milliarden geschätzt.⁶

Aber die Geschichte der REDD+ Projekte in Amazonien ist vor allem ein Geschichte der Skandale. REDD+ wurde zunehmend eine Frage der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Aber nicht nur in Amazonien gerieten REDD Projekte immer mehr ins Zwielicht. 2023 stellte eine gemeinsame Recherche des britischen Guardian und der Zeit fest, dass 90% der untersuchten Regenwald Projekte keine reale Reduktion von CO2 generiert hatten. Alle Projekte waren (von VERRA) zertifiziert und damit für den Handel qualifiziert. Eine 2024 veröffentlichte Studie kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Nur 16% der untersuchten CO2 Kredite/Emissionsgutschriften, also der verkauften Zertifikate, repräsentierten reale Reduktionen von Emissionen, bei den Krediten für vermiedene Entwaldung waren es 25%.⁷

⁶ <https://capitalreset.uol.com.br/carbono/onde-estao-os-creditos-de-carbono-brasileiros-este-painel-aponta/>

Bei den Zertifikaten handelt es sich um die sogenannten VCUs - *Verified Carbon Units*. „Each VCU represents a reduction or removal of one tonne of carbon dioxide equivalent (CO2e) achieved by a project.“ Vgl.

<https://verra.org/programs/verified-carbon-standard/verified-carbon-units-vcus/> Die hier angeführte Zahl schließt bewilligte und beantragte Zertifikate ein.

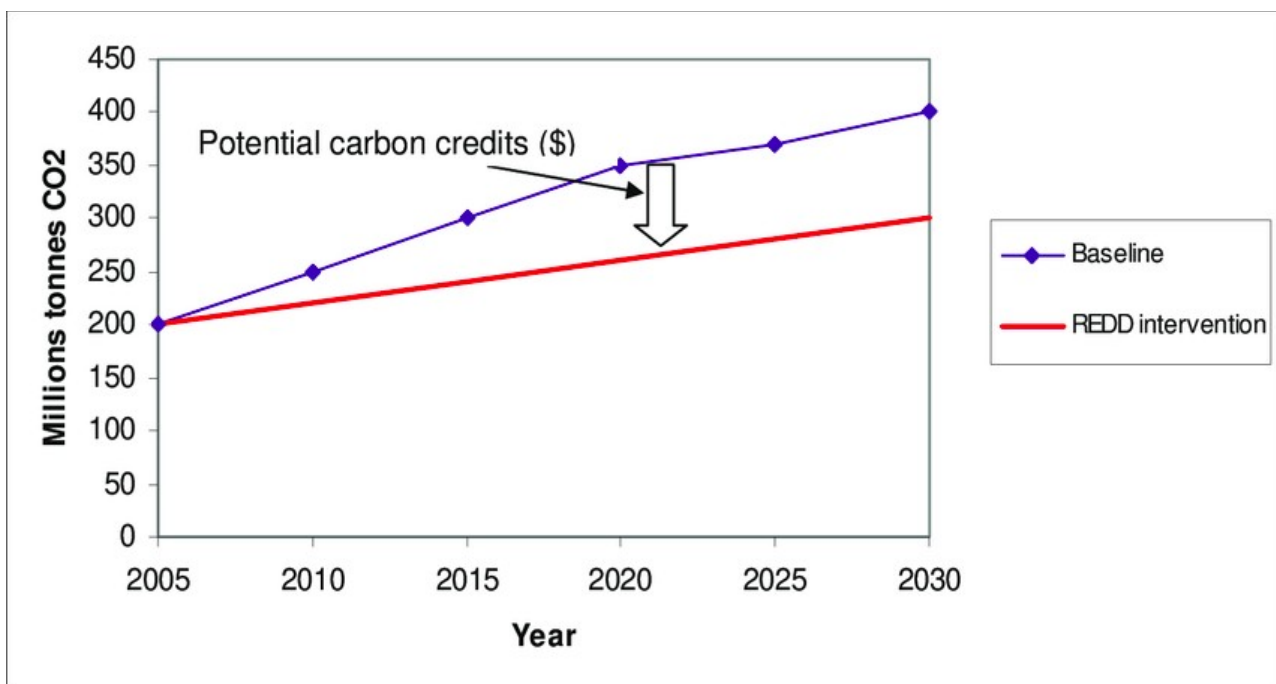
Ausführlicher zu den CO2 Krediten in Amazonien: <https://idesam.org/wp-content/uploads/2024/11/3-EDICAO-Boletim-Informativo-Mapeamento-de-Projetos-de-Carbono-Florestal-no-Mercado-Voluntario-Brasileiro.pdf>

⁷ https://reddmonitor.substack.com/p/84-of-carbon-credits-are-junk?utm_source=post-email-title&publication_id=1442627&post_id=152601052&utm_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=2ms2q6&triedRedirect=true&utm_medium=email

Ergebnis ist, dass die Preise für CO2 Gutschriften aus vermiedener Entwaldung inzwischen ins Bodenlose gefallen sind, sie schwanken zwischen 1 und 5 US\$ pro Tonne. Zum Vergleich: CO2 Kredite im EU ETS liegen bei 60 – 70 US\$ pro Tonne.

CO2 Kredite aus vermiedener Entwaldung sind also heute weitgehend diskreditiert, wenn auch noch nicht völlig am Ende. Immer wieder versprechen diejenigen, die REDD+ durchführen, die Projekte zu verbessern und so auf Fehler und Kritik zu reagieren. Aber liegt es wirklich nur am Design der Projekte?

Es mehren sich die Indizien, dass es auch an Problemen liegt, die im Rahmen von REDD Projekten nicht lösbar sind. Zu den Kriterien von CO2 Projekten gehört die so genannte Additionalität (Zusätzlichkeit). Das heißt, durch die Intervention des Projektes muss etwas verändert werden. Dies ist aber in der Praxis kaum nachweisbar und ein Scheunentor für Manipulation. Denn die Basis für REDD Projekte sind zwei Schätzungen: Wie viel Entwaldung ohne die Intervention geschehen würde (die sogenannten Baseline) und wie viel durch das Projekt reduziert würde (siehe Grafik 1).



Grafik1. Die Grafik veranschaulicht idealtypisch, wie ein REDD Projekt konzipiert ist. Man beachte, dass sowohl die Baseline wie die Rote Linie Schätzungen sind, die die Projektentwickler vorlegen. Die Differenz zwischen den beiden Linien kennzeichnet die erwartete Reduktion („Potential carbon credits“), die in Zertifikate verwandelt wird, die dann tatsächliche Emissionen kompensieren. „The weakness of REDD+ projects lies in the fact that it is not possible to calculate the baseline with absolute certainty.“⁸ heißt es nun daher selbst bei Befürworter*innen von REDD.
https://www.researchgate.net/publication/356727028_Making_REDD_work_for_the_Poor_A_Poverty_Environment_Partnership_PEP_Report

⁸ <https://www.spglobal.com/commodity-insights/en/news-research/blog/energy-transition/062821-voluntary-carbon-markets-redd-credits-forest-protection>

REDD+ in Amazonien – eine Kriminalgeschichte

Ein besonders große Konzentration von REDD+ Projekten findet sich in der Region von Portel, auf der *Ilha do Marj6*, etwa 300 km von Bel6m entfernt. Sie sind inzwischen eher eine Fall f6r die Polizei als f6r den Klimaschutz geworden.

CO2 ist das `Gold Amazoniens` – mit dieser Devise wurden bei lokalen Gemeinschaften f6r Umsetzung von CO2 Projekten geworben. Aber bald waren die Illusionen verfliegen: „These projects are fraudulent. Those who buy these credits think they are helping combat climate change. But that’s not the case: In practice, these projects don’t exist“, erkl6rt ein Vertreter der betroffenen Gemeinschaften.

Der zweite Schock f6r die Gemeinschaften war und ist, dass die Projekte ihre traditionelle Lebensweise schwerwiegend einschr6nken. Auch kann der minimale Finanzfluss aus den Projekten den finanziellen Verlust bspw. durch die Verbote, kleine Felder anzulegen oder eines regulierten Holzeinschlags (*Community Forestry*), nicht ansatzweise ausgleichen. Inzwischen sind die Projekte in Portel auch ein Fall f6r die Staatsanwaltschaft geworden. „These projects are being developed on public land that they have declared as private,“ erkl6rt die Staatsanw6ltin Andrea Barreto. Es handelt sich auch um eine Form von illegaler Aneignung von 6ffentlichem Land – sprich von *Landgrabbing*.

Und schlie6lich wurden REDD+ Projekte in anderen Regionen Objekt einer gro6angelegten Operation der Bundespolizei – die `Operation Greenwashing`. 76 Personen wurden verhaftet, darunter die Schl6sselperson Ricardo Stoppe. Ihm wird zu Last gelegt, sich 500 000 Hektar 6ffentliches Land illegal angeeignet zu haben, um dort REDD+ Projekte zu realisieren. Stoppe war zum Zeitpunkt der Operation Inhaber des gr66ten brasilianischen Verk6ufers von CO2 Krediten, der Ituxi Group. Es handelt sich als keinesfalls um Einzelf6lle. REDD+ in Amazonien ist „rotten at the core“ wie es das WRM in einer Publikation zu 15 Jahre REDD+ formulierte. Dennoch wurden in den letzten Jahren CO2 Kredite aus Portel an Air France und viele andere Firmen verkauft.

Der Redd Monitor hat in den letzte Jahre unerm6dlich 6ber die Skandale rund um REDD informiert. Die Zitate in der Box stammen aus diesem Artikel: <https://reddmonitor.substack.com/p/in-practice-these-projects-dont-exist> Eine hervorragende und ausf6hrliche Reportage 6ber die Portel Projekte auf Englisch findet sich hier: <https://sumauma.com/en/caubois-do-carbono-como-um-empresario-britanico-um-pecuarista-paraense-e-um-ex-pm-de-sao-paulo-se-tornaram-protagonistas-de-projetos-abusivos-na-amazonia/>

Und 6ber die Operation Greenwashing informiert Mongabay:

<https://news.mongabay.com/2024/06/brazilian-investigators-raid-amazon-carbon-credit-projects-exposed-by-mongabay/>

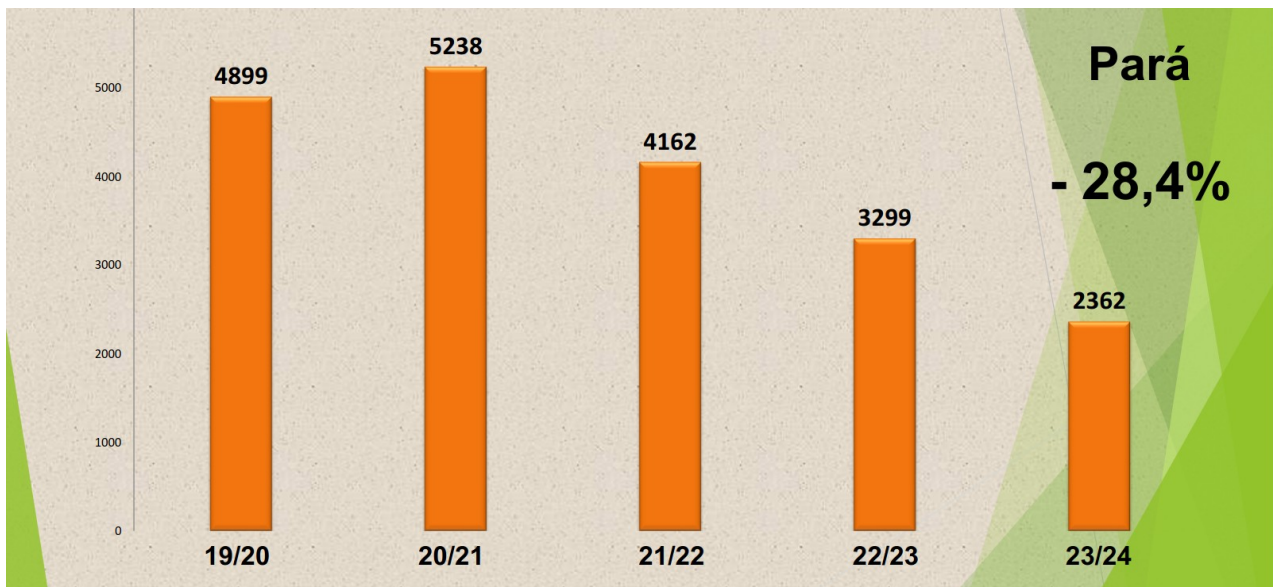


Ein mit Holz beladenes Floß auf dem Mamuru-Fluss zwischen den Bundesstaaten Amazonas und Pará, wo im November 2020 eine illegale Ladung von 2.700 m³ Holz beschlagnahmt wurde. Foto: Thaís Borges/2019.

3. Neue Perspektiven für REDD und Co?

Im September 2024 hat der Gouverneur des Amazonasbundesstaates Pará vor der UN in New York einen großen CO₂ Deal vorgestellt. Die CO₂ Zertifikate beruhen nun nicht mehr auf einzelnen Projekten, sondern auf der Reduktion im gesamten Bundesstaat. REDD+ bezieht sich hier auf ein Rechtsgebiet, in diesem Fall den Bundesstaat Pará. Es wird als *jurisdictional* REDD+ bezeichnet. Die Basis und Berechnungsgrundlage ist die Entwaldungsrate im Jahre 2023 und die Reduzierung der Entwaldung bis 2026 generiert die CO₂ Zertifikate.

Tatsächlich kann dies eine Reihe von Problemen des projektbasierten REDD lösen. Es muss nicht mehr eine zweifelhafte Berechnung für ein kleines Projektgebiet erstellt werden. Bezugspunkt sind die Entwaldungsraten, die seit vielen Jahren durch das staatliche Institut INPE aufgrund von Satellitenbildern ermittelt werden, die auch international als ausreichend zuverlässig gelten. Und tatsächlich ist die Entwaldung in Pará wie im gesamten Brasilianischen Amazonasgebiet in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen (siehe Grafik 2). Die Zertifikate beruhen also zu einem Teil auf bereits erreichten Ergebnissen.



Grafik 2. Entwicklung der Entwaldung im Bundesstaat Pará in den letzten fünf Jahren.

Angaben in km². Quelle: [PRODES 2023/2024 Amazônia Cerrado](#)

Der CO2 Deal von Pará ist eine Pilotprojekt. Eine eindrucksvolle Koalition aus Unternehmen (bspw. Bayer, Volkswagen, Amazon, Blackrock), großen NGOs (u.a. WWF) und Regierungen (UK und Norwegen) garantiert unter dem Namen LEAF den Kauf von 12 Millionen CO2 Zertifikaten zum Preis von 15 US\$ pro Stück, also deutlich über dem augenblicklichen Marktpreis. Um über diese Pilotphase hinauszukommen, muss das *jurisdictional* REDD sowohl im nationalen Rahmen wie auch auf der Ebene des Bundesstaates noch gesetzlich verankert werden. Dieser Prozess ist weit vorangeschritten und es wird erwartet, dass die gesetzliche Basis für ein *jurisdictional* REDD bis zur COP 30 im November 2025 konsolidiert ist.

Bei der Vorstellung des Deals betonte sowohl der Gouverneur des Bundesstaates wie die Vertreter der LEAF Koalition, dass dies alles mit der Beteiligung der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften entwickelt worden sei und sie an den Einnahmen beteiligt würden. Tatsächlich hat die indigene Organisation des Bundesstaates *Föderation der Indigenen Völker Pará's* (Fipipa) den Deal unterstützt. Aber 38 Organisationen haben das Projekt in einem offenen Brief wegen fehlender Konsultationen heftig kritisiert. Und inzwischen ist auch die brasilianische Staatsanwaltschaft (*Ministério Público*) aktiv geworden. Denn die Reduzierung von Entwaldung ist auch und gerade durch indigene Gebiete möglich geworden, die nicht dem Bundesstaat, sondern der brasilianischen Regierung unterstellt sind. Gleiches gilt für einen Teil der Schutzgebiete. Daher wäre eine organisierte Konsultation der betroffenen Bevölkerung (*Consulta Prévia*) notwendig gewesen. Dies soll nun nachgeholt werden. Auch ist unklar, wie genau die Aufteilung der erwarteten erwirtschafteten Gewinne erfolgen soll.

Aber immerhin würde eine *jurisdictional* REDD es ermöglichen, etwa über einen Fonds, alle indigenen Völker und traditionellen Gemeinschaften in die Verteilung der Finanzmittel einzubeziehen. Und die Forderung nach Konsultation und Beteiligung ist etwas anderes als die kategorische Zurückweisung. Das *jurisdictional* REDD hat somit das Potential durch eine wirkliche Beteiligung und einen gerechten Ausgleich bei den Mitteln eine größer Akzeptanz zu erreichen. Vieles spricht also dafür, dass projektbasiertes REDD keine Zukunft mehr hat - das *jurisdictional* REDD aber sehr wohl.

Aber auch das hier skizzierte *jurisdictional* REDD bewegt sich weiterhin im Kontext des freiwilligen Marktes. Die garantierten Käufe der LEAF Koalition sind ein reine *Goodwill* Aktion, die die beteiligten Firmen für ihre Werbung (oder besseres *Greenwashing*) ausnutzen können. So sind die millionenschweren Zusagen nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass sie einen verbindlichen, globalen CO2 Markt vorbereiten sollen.

Und der Amazonienfonds?

„Der Amazonienfonds ist der weltweit größte Finanzierungsmechanismus, um Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern zu reduzieren (REDD+)“*, heißt es in der Vorstellung des Fonds bei der GIZ. Und auch das BMZ und die Selbstdarstellung des Amazonienfonds ordnet diesen REDD+ zu.

Der Fonds wurde 2008 aufgrund einer Zusage der Regierung von Norwegen mit einem Gesamtvolumen von 1 Milliarde US\$ eingerichtet. Verwaltet wird der Fonds durch die brasilianische Entwicklungsbank BNDES. Im Jahre 2019 blockierte die Regierung Bolsonaro den Fonds für neue Projekte, bereits bewilligte und laufende Projekte wurden aber weitergeführt. Zu einer der ersten Maßnahmen der Regierung Lula gehörte die Wiederbelebung des Fonds. Seitdem gab es auch eine Reihe von neuen Finanzierungszusagen. Deutschland hat über die KfW den Fonds bisher mit etwa 90 Millionen US\$ unterstützt, zudem hat die GIZ technische Kooperation geleistet.

Der Amazonienfonds gilt zwar als REDD+ Mechanismus, aber er wird nicht über einen CO2 Handel finanziert, sondern durch die Zuschüsse internationaler Geldgeber. Die Finanzierungszusagen sind an die nachweisliche Reduzierung von Entwaldung gebunden. Es handelt sich also wie bei REDD+ um *ein result based payment*, der aber eben nicht an einen Marktmechanismus gebunden ist, er ist als eher kein „klassischer“ REDD+ Mechanismus. Daher hat auch die brasilianische Zivilgesellschaft den Fonds im Prinzip akzeptiert und dessen Suspendierung durch die Bolsonaro Regierung verurteilt. Kritik richtet sich weniger gegen den Fonds als solchen, als vielmehr gegen bürokratische Hürden, die den Zugang zur Finanzierung für indigene Organisationen und Basisinitiativen sehr schwer machen.

* <https://www.giz.de/de/weltweit/134744.html>

4. Das Pariser Abkommen und der CO2 Handel: Artikel 6

Und hier kommt nun das Pariser Klimaabkommen ins Spiel. Der in Deutschland relativ wenig beachtete Artikel 6 sieht die Etablierung eines globalen CO2 Handels auf der Basis von Kompensationen vor. Zum einen sollen Staaten einen Teil ihrer eigenen Klimaziele durch die Förderung von Klimamaßnahmen in Ländern des globalen Südens erreichen können, zum anderen soll dies auch Firmen oder anderen privaten Akteuren (wie etwa die FIFA) offen stehen. Ganz besonders interessiert ist der internationale Flugverkehr an einem solchen globalen, im Rahmen des Pariser Abkommens regulierten Markt. Die sogenannten nachhaltigen Treibstoffe (SAF) als Ersatz für Kerosin sind bis jetzt sehr teuer und werden wohl auch in Zukunft nicht in erforderlichem Maße zur Verfügung stehen. Der Flugverkehr plant Kompensationen fest ein, um sein Klimaziele zu erreichen.

Nun ist Pariser Abkommen 2015 verabschiedet worden, aber der globale CO2 Markt existiert immer noch nicht. Und so kam es etwas überraschend, als auf der COP 29 in Baku im November 2024 verkündet wurde, dass nun eine grundlegende Einigung über grundlegende technische Fragen zur Einführung eines solchen CO2 Marktes erzielt worden ist. Gleichwohl wurden aber bald Stimmen laut, dass es doch noch viele offene Fragen gibt, die nun zügig bearbeitet werden sollen. Es ist nun zu erwarten, dass die COP 30 in Belém zur Bühne der Etablierung eines globalen CO2 Handels wird. Auch die brasilianische Regierung und die Gouverneure der Amazonasstaaten gehören zu den energischen Unterstützern eines solchen Schrittes. Kompensation würde damit zu einem Grundpfeiler der globalen Klimapolitik werden. Das geht weit über REDD+ hinaus. Die Reduzierung von Entwaldung kann zwar in den nächsten Jahren noch eine wichtige Rolle spielen, aber wenn die jetzigen Ziele tatsächlich erreicht werden, dann geht auch die Reduzierung zurück – einfach aus dem Grund, dass bald nur noch eine kaum zu vermeidende Restendwaldung übrig bleibt. Und wenn die Ziele nicht erreicht werden, können auch keine Zahlungen für Ergebnisse geleistet werden.

In Zukunft wird also absehbar die zweite große Rolle, die Bäume für das Klima spielen, stärker in den Vordergrund rücken. Denn Bäume sind nicht nur ein CO2 Speicher, sie können insbesondere in der Wachstumsphase der Atmosphäre CO2 entziehen („sequestrieren“). Und in allen Klimaszenarien spielt diese Sequestrierung eine wichtige Rolle. Aufforstung aber auch die sogenannte ökologische Wiederherstellung von Ökosystemen werden aller Voraussicht nach bedeutende Faktoren im globalen Handel werden. Auch dies wird sich vorwiegend im globalen Süden abspielen, wo angeblich reichlich Flächen zu Verfügung stehen. Jedenfalls steht die Holz- und Zelluloseindustrie in Lateinamerika bereit, mit der Anlage großflächiger Baumplantagen (Eukalyptus/Pinien) durch die Sequestrierung von CO2 neue Geschäftsfelder zu erschließen. So wirbt der größte Zellulose Hersteller der Welt, Suzano, bereits aktiv mit seiner Kapazität, CO2 zu sequestrieren.⁹

Die Expansion von Baumplantagen ist schon jetzt ein wichtiger Faktor für Landkonflikte in Brasilien. Der durch die Kompensationslogik geförderte enge Blick auf CO2 blendet aus, dass die

⁹ <https://www.suzano.com.br/en/sustainability/planet/climate/carbon>

Ausweitung von Baummonokulturen mit der Zerstörung von Ökosystemen und der Marginalisierung traditioneller Gemeinschaften verbunden ist und *Landgrabbing* fördert.

Die Kompensation ist also nicht nur als Klimapolitik problematisch, sie hat auch Konsequenzen für Menschen und verschärft Landkonflikte in Lateinamerika. Daher haben auch die sozialen Bewegungen aus Lateinamerika immer wieder Kritik am Artikel 6 geübt.¹⁰ In Deutschland fehlen solche Positionierungen weitgehend. Es wäre nun wichtig, im Dialog mit Akteuren aus dem globalen Süden auch hierzulande klare Positionierungen zu entwickeln.

// **Thomas Fatheuer**

Beitrag erstellt für die [Initiative „Berlin aktiv im Klima-Bündnis“](#)

Anhang:

„Wir wurden nie konsultiert“ / Interview mit Alessandra Munduruku

Der umstrittene Kohlenstoffhandel wird auch ein zentrales Thema der der UN Klimakonferenz COP 30 sein, die im November 2025 in Belém stattfindet. Alessandra Korap Munduruku, Aktivistin und Führungsperson des indigenen Volkes der Munduruku, hat in einem Interview ihre Erwartungen zur Konferenz und zum CO2 Handel deutlich gemacht. Inzwischen gibt es auch ein [Stellungnahme der Bewegung der Munduruku zum Thema](#).

Frage: Belém wird also nächstes Jahr die Stadt der Klimakonferenz, der COP 30 sein. Glaubst Du, dass dies ein wichtiges Datum für die indigenen Völker ist? Welche Erwartungen hast Du an dieses Treffen?

Alessandra: Die COP 30 wird zum ersten Mal in Belém, im Amazonasgebiet stattfinden. Aber es wird keine Lösung für die Klimakrise bieten, denn die COPs diskutieren das Thema Klimawandel schon seit Jahren und viele von ihnen dienen leider eher den Interessen von Öl- und Bergbauunternehmen, die über unser Land verhandeln wollen. Amazonien hat viele Probleme, das Problem der Brände, die Dürre – die Verhandlungen bei der COP 30 wird da keine Lösung bieten.

Welche Risiken siehst Du bei Lösungen, die vorgeschlagen wurden, wie etwa den CO2 Handel?

Viele Menschen werden bedroht und vertrieben - indigene Völker, Quilombolas, traditionelle Völker. Sie zerstören den Fluss, um ihn auszubeuten - für den Bergbau, die Staudämme und die Eisenbahnen. Und heute diskutieren sie über den CO2 Handel. Soll etwa der Wald verkauft werden, in dem wir alle leben? Er wird auf einen Markt kommen, der für Männer, weiße Männer gemacht ist, reiche Männer, für Unternehmen, die das ganze Gebiet übernehmen wollen. Bei den Verhandlungen über den CO2 Handel gibt es keine Konsultationen, sie geschehen ohne die Rechte der Völker zu respektieren.

Wir haben jetzt über verschiedene Punkte der Kritik an der COP 30 gesprochen. Aber kann die Konferenz auch ein nützlicher Ort für Austausch und die Schaffung von Bündnissen sein?

¹⁰ S. Zum Beispiel: <https://www.cartadebelem.org.br/em-carta-grupo-carta-de-belem-critica-feira-do-clima-e-cobra-cumprimento-dos-compromissos/>

Ich würde nicht zu einer COP gehen, um einem ausbeuterischen Unternehmen zuzuhören. Es ist eine COP, die im Amazonasgebiet stattfinden wird und wir haben da keinen Platz. Sie verhandeln, als ob wir eine Entschädigung wollten, aber das wollen wir nicht, wir wollen Respekt, wir wollen Demarkierung der Territorien Indigener Völker und eine Agrarreform. Das ist es, was wir wollen. Wir wollen Land für die Menschen und nicht, dass Unternehmen in das Gebiet eindringen.

Der Gouverneur von Pará, Helder Barbalho hat angekündigt, CO2 Zertifikate im Wert von einer Milliarde Reais auf dem Markt zu bringen. Was ist deine Position dazu?

Wenn die Politiker ganz allgemein über Umwelt sprechen, dann bin ich misstrauisch. Denn sie sagen nicht, dass sie gegen das *marco temporal** sind und wir sehen, wie das *marco temporal* beschlossen wird. Der Gouverneur ist für die Eisenbahnlinie, die die Gebiete indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften bedroht, er spricht von Umwelt und CO2 Krediten, aber er unterstützt Projekte die unsere Rechte angreifen, unsere heiligen Flüsse und Wälder zerstören. Helder Barbalho hat uns, die indigene Völker nie konsultiert.

*Anmerkung: das *marco temporal* besagt, dass indigene Völker nur Anspruch auf die Demarkierung ihrer Gebiete haben, wenn diese am 5. Oktober 1988, dem Tag der Verkündung der Verfassung, nachweislich von ihnen besiedelt wurden.

Das Interview führte Carolin Weische im September 2024 in Berlin



Alessandra Munduruku auf einer öffentlichen Veranstaltung im Rahmen ihres Besuchs in Berlin im September 2024.
Foto: Douglas Pingituro

Kann der CO2 Handel Amazonien retten?
Hrsg.: FDCL e.V.

Impressum:

Herausgegeben von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL

Gneisenaustraße 2a, D -10961 Berlin, Germany

Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org

Internet: www.fdcl.org



Autor: Thomas Fatheuer

Redaktion/Lektorat: Jan Dunkhorst (FDCL)

FDCL, Dezember 2024

Mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) Berlin.

Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung des Autors und gibt nicht notwendig die Position des Herausgebers wieder; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe oder der LEZ Berlin wieder.

Landesstelle für
Entwicklungszusammenarbeit

Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Energie
und Betriebe

BERLIN

